

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Amtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 15.

Freitag, den 18. Januar 1918.

158. Jahrgang.

### Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr.

1. Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1918.
2. Notstandslophen.
3. Kreissteuerveranlagung im Rechnungsjahre 1918.

### Tageschronik

**Laßner Verlauf der Bremer Verhandlungen.**  
 Arglos besätigt Auslands Unfähigkeit zu neuen Kämpfen.  
 Attentat auf Lenin.  
 Frankreich verdrängt seine Soldatensöhnung.  
 Caillaux Umsturzprojekt.  
 Deutscher Flottenvorstoß nach der Themse.  
 Winen vor Ausfuhr.

### Der verkrachte Zweifrontenkrieg.

Anerkente Druckproben erfuh und bestand unsere Westfront. Nach der Hindenburg'schen Klärung des Gebietes zwischen Naras und der Alise im Frühjahr 1917, die ein völliges Durchbrechen aller feindlichen Angriffsbedrohungen zur Folge hatte, konnte der Feind erst nach längerer Vorbereitungsphase zur Ausföhrung seiner Durchbruchbestimmungen für das Jahr 1917 schreiten. Sollte dieses Jahr ihm doch endlich den erhofften Einbruch bringen. So wollte der Feind aus geschichtlicher Ueberlieferung verhassten Deutschen, den "Boden", aus Nordfrankreich vertreiben, ihn zum Rhein zurückdrücken; so wollte der Engländer an der Basis unserer U-Boote, die ihm seine Lebensenergie zernageln, und verpackt hochtrabend bald in Brüssel zu sein. Wir sehen das Frühjahr, den Sommer und den Herbst 1917, gelangt von Durchbruchversuchen unserer Befestigung. Jedoch vergebens! Wohl gelang stellenweise ein Einbruch, doch dieser ist nicht ausdauernd für das Schicksal des Krieges. Einbruch sind keine strategischen Erfolge, sondern haben nur tatsächliche, rein örtliche Folgen, deren Wirkung nicht über den eng umgrenzten Rahmen des betreffenden Frontstills hinausgeht.

Je mehr das Jahr 1917 seiner Reue zueing, desto heftiger und zeitlich schneller in der Folge wurde die feindlichen Durchbruchversuche. Den Frühjahr und Sommerkämpfen an der Alise, in der Champagne und bei Arras schloffen sich die verzweifelten Anstöße bei Verdun, am Dameswege, zwischen Craonne und Verdun, sowie die zum Frömpfgeschützten Waldschiff gezielten Fländern-Großangriffe und die Schlacht von Cambrai an.

Ueberblicken wir diese Ereignisse einmal logisch von Feindseite aus.

Weshalb mußten sie alle sein? Darauf antwortet in einer jeden im Verlage von Karl Siegmund und Verlin erschienenen Broschüre "Wie ichaffen's?" Hauptmann im Generalstab Bobo Zimmermann wie folgt: Hat nicht England Sünderde von Mailen erklärt, daß es warten könne, — und wenn der Krieg bis 1920 dauere? Sollten wir nicht schon längst völlig ausgehungert sein, stand nicht noch Angaben der Entente unser wirtschaftlicher Zusammenbruch seit drei Jahren jedesmal, ganz bestimmt im nächsten Frühjahr? bevor? Wo warum opfernden England und Frankreich Hunderttausende von Menschen in sinnlosem Frontalangriff, warum nicht jene verzweifelte Entschlossenheit, — die sie bisher aber nicht finden konnten — und auch erst haben werden, wenn Hindenburg es will? Die Lösung ist einfach, sie liegt im damals schon drohenden Zusammenbruch des "Zweifrontenkrieges".

In dem Wort "Zweifrontenkrieg" liegt der militärische Kriegsplan der Entente, liegt oder vielmehr lag ihr Hoffen und Trachten. Mit dem Schwenden dieses Begriffes trägt die Entente ihre Hoffnung auf einen glücklichen Kriegsausgang zu Grabe; darüber kann und darf uns kein noch so großes Kriegsgeheimnis von beiden mehr täuschen.

Der Kriegsplan der Entente ist zusammengebrochen; diese Katastrophe stößt England und Frankreich schon nahe, als die russische Revolution — die ja von England in Szene gesetzt war, um den russischen Bären, der mit zunehmendem Füll sich so gern zur Ruhe legen wollte, durch Vorhalten neuen Honigleims zum Weitergehen zu veranlassen, — als die russische Revolution in eine ganz andere Richtung zu schlagen drohte. Da begann der Kriegsplan der Entente bereits zu wanken. — Diese ganze Zeit, vom Februar bis zum November 1917 war der Todeskampf des Zweifrontenkrieges, der sich in frömp-

haften Zudringen und letzten verzweifelten Kräfteanstrengungen äußerle. Der nun kommende Rückschlag wird uns so größer werden!

### Die Friedensverhandlungen.

erfahren durch die Winterzüge und hartnäckigen Unerschämtheiten des Herrn Trocki eine Verzögerung, die an Obstruktion grenzt. Es behält peinlich, mit welchem Uebermaß von Entgegenkommen und Höflichkeit Herr v. Kählmann diese dreifachen Unnachlässigkeiten aufnimmt, anstatt einfach die Verhandlungen, die keine Verhandlungen, sondern nur noch unverstämte, hartnäckig festgehaltenen Forderungen der russischen Anarcho-Sozialisten darzustellen, abzugeben und die russischen Unterhändler mit leeren Händen heimzusenden. Es wird sich dann sehr schnell zeigen, daß das russische Volk nicht mit sich spielen läßt und den ideologischen Hebeljochen sehr schnell den Sinn für die Wirklichkeiten erwecken würde.

Aus West-Litowsk werden unterm 14. d. M. langatmige Erörterungen zwischen Kählmann und Trocki berichtet. Die Verbündeten bezeichnen zunächst die russischen Vorschläge betr. der besetzten Gebiete als unannehmbar. Obwohl die Frage der Volksabstimmung wie der Räumung könnten nach diesen Vorschlägen nicht gelöst werden. Herr von Kählmann macht folgende äußerle Gegenwortschläge:

Zu 1.: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrechtliche Nationen und nicht auf Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Abänderung rechtmäßig bestimmen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch genommen, politische Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die von ihnen besetzten Gebiete einzuberleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und müssen sich und den Willenshaben der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand vorbehalten.

Zu 2.: Eine Zurückziehung der Seeere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe unbedingt nötig ist. Die Wahrung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann einer besonderen Kommission überworfen werden.

Zu 3.: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll aber den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfang die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden.

Zu 4.: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschloßheit über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete gätheit. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch.

Auch die von der Regierung der Volkskommunäre anerkannten Staatsentwürfe, wie z. B. Ukraine und Finnland, sind nicht im Wege eines Referendums ausstehen.

Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußersten Rahmen, innerhalb dessen die verbündeten Regierungen eine Verstandigung noch erhoffen können. Diese Verhandlung ist nur möglich, wenn auch Rußland den ersten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der Verbündeten nächste noch an der Fortsetzung auf eine friedliche Beilegung der Konflikte beistehen.

Trocki erwiderte abermals hinhaltend und polemisierte u. a. gegen die Ausführungen des Generalis Hoffmann. Er sucht durch allerhand sophistische Darlegungen die maximalistischen Forderungen zu rechtfertigen. Das Recht, sich das Schicksal der Völler in den besetzten Gebieten anzunehmen, schöpfe er aus einer etwas restriktiven Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Völler.

Herr v. Kählmann stellte daraufhin folgendes fest: Was die Rede des Herrn Generalis Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich, als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die Staatsrechtliche Zu-

hängigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vordreder vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichsfinanzler, der einzig verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhanden anbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen inflationären Raum zu schaffen. Ueberhaupt läßt mich die geringfügige Bemerkung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofs durch Herrn Trocki. Im übrigen nahm ich mit Befriedigung Notiz von dem Schluß der Ausführungen des Herrn Vordreders, daß er und seine Delegierten nunmehr gekommen sind, in wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Details Diskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir in wenigen Tagen soweit sind, so liegen, als die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch ausgegeben werden muß.

Trocki kommt danach immer wieder auf die Räumung der besetzten Gebiete zurück, die nochmals entwidert als unmöglich abgelehnt wird.

Die Fortsetzung der Verhandlungen am 15. d. M. ergab keine Fortschritte. Trocki's Verlangen auf Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete führte zu keiner Verständigung, da keine Einigung über die Auswahl dieser Vertreter zu erzielen war.

Im Anschluß an diese Erörterungen stellte der Staatssekretär v. Kählmann fest, daß die abweichenden Ansichten der verbündeten Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschloßlichen der in den besetzten Gebieten bestehenden Ertragskörper zuzumachen, sich auch durch eingehende Diskussionen auf einer mittleren Linie nicht bürden vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich nicht notwendigverweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müßte, da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volksstimmunggebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedingungen dieser Volksstimmunggebung Uebereinstimmung zu erzielen, so würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Volksstimmunggebung als konstituierend oder reformierend anzuzeichnen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Man geht dann mit Trocki's Einverleändnis zum Räumungsfrage über, bezüglich deren Herr v. Kählmann in seiner Erwidrerung erklärt, er müsse es als ausgleichlos bezeichnen, für die Räumung von in Artikel 2 des deutsch-sösterreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebieten ein Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens überein komme. Weitere Sicherungen, als in Artikel 1 vorgesehene, können seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauert, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trocki entgegnete, daß er in der Regelung der Sicherung gegen ein Wiederanstreben des Krieges an der Front erwidren würde.

Staatssekretär v. Kählmann stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsch, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zustand ein Ende zu machen, wie jedoch er nicht ablehnen würde, daß es aus dem bargelasten zu vermeiden unternahm sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen. Nach einer Erwiderung der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

In der Nachmittagsstimmung sollte man auf Vorschlag Kählmann's zur Erörterung der Frage der Abstimmung über die künftige politische Zugehörigkeit besetzter russischer Gebiete übergehen. Herr Trocki verbeißt sich indes nochmals auf die Räumungsfrage und verlangt dann die Rückkehr der Flüchtlinge und Evakuierten, wofür er jagt, das einschlägige Material der deutschen Regierung zugänglich zu machen. Danach vertagt sich die Versammlung.

Während des Vormittags des 16. d. M. verhandeln sich die Delegationen in der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kählmann gab in längerer Rede Auskunft

Wer den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Verfügungen der verbündeten Vertretungen bröckeln dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Gernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Feststellung des prinzipiellen Einverständnisses über das künftige Verhältnis in den zwischen den Mittelmächten und der Ukraine bestehenden Fragen. Zur morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

**Aus dem Osten**

**Russischer Kriegs- oder Friedenswille?**

Von der russischen Grenze wird gemeldet: Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnte in der letzten Sitzung seines Hauptsaalgeschusses mit großer Stimmenvorherrschung den Antrag Trowicows, der die Aufstellung einer großen freiwilligen Armee zur Verteidigung der russischen Revolution fordert, ab. Diese freiwilligen Armee sollte die Wiederannahme der Selbstbestimmtheit in die Hand nehmen für den Fall, daß die Friedensverhandlungen in West-Weimar scheitern sollten. Ein zur Beilegung getommenes Gutachten des russischen Generalissimus Kolenko hält die Wiederannahme der Selbstbestimmtheit aus technischen Gründen für unmöglich. Im letzteren Falle wäre es möglich, einen Kleinkrieg zu organisieren, der aber mit Leichtigkeit von den Zentralmächten paroliert werden könnte. Der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates ist ein neuer Beweis für die uneingeschränkte Friedensliebe der Mehrheit des russischen Volkes.

**Attentat auf Lenin.**

Petersburg, 15. Januar. (B. L. A.) Als Lenin gestern eine Mitteilung der sozialistischen Roter Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückfuhr, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

**Gegen die Ententeherren.**

Von der russischen Grenze wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet: Argwohn ordnet auf Grund eines Beschlusses des Rates der Volksbeauftragten zwangswise Entfernung aller Agenten der alliierten Mächte, soweit sie sich noch in der Kriegszone aufhalten, an. Im Winter wurden sechs französische Offiziere, die sich hier verhalten hatten, verhaftet und nach Petersburg gebracht.

**Die russische Vertretung in Japan.**

Die „Reinl. Ztg.“ meldet von der Schweizer Grenze: Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, traf in Tokio ein und teilte seine Ernennung zum russischen Volschafter mit. Die japanische Regierung lehnte ab, den maximalistischen Gesandten anzunehmen. Der bisherige russische Volschafter würgerte sich, das Amtsgeschäft zu verlassen.

**Mitteleruropäische Zeit und gregorianischer Kalender für Albanien und Dsches.**

Rhinberg, 16. Januar. Durch eine Verordnung wurden für das Gouvernement Riga, sowie für die Insel Dsches der gregorianische Kalender, sowie die mitteleruropäische Zeit eingeführt.

**Aus dem Westen**

**England in Erwartung des letzten Waffenganges.**

Dresd., 15. Januar. „Daily Mail“ meldet: Der letzte Waffengang an der Westfront wird nicht zu vermeiden sein, nachdem der Gegner auf die Friedenszielsetzungen Lloyd Georges und Wilsons bisher beharrlich schwört. Aber die Entscheidung der Waffen, wie sie auch fallen möge, wird nicht Englands Stellungnahme ändern.

**Keine Auswanderung nach Cambrai.**

S Haag, 16. Januar. Ein englischer Unterhause teilte B. E. W. mit, daß die englische Regierung auf Grund der vom Generalstab und vom Kriegsministerium nachgeprüften Berichte Haigs über die Vorkommnisse bei Cambrai am 30. November zu dem Urteil gelangte, daß alle Maßnahmen getroffen waren, um den deutschen Stoß aufzuhalten. Die Regierung hält eine Auswanderung über die Schelde nicht in öffentlichen Interessen liegend und ist nicht geneigt, daß für die Zukunft Vorzeige getroffen ist.

**Erhöhung der Soldatenlöhne in Frankreich.**

Basel, 16. Januar. Wie Haas aus Paris meldet, hat das Ministerium eine Vorlage eingebracht auf Erhöhung der Soldatenlöhne von 1 auf 3 Francs täglich.

**Zur Verhaftung Caillauxs.**

Rom, 16. Januar. (Stefani, Giornale d'Italia) schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen „Madama Rouvrou“ dem Namen seiner Frau, befaßt, ist letzte Woche geöffnet worden. Es enthält Schmutzreden in Werte von ungefähre einer halben Million, russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von anderhalb Millionen und drei politische Altemappen. Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Abrechnung“ Briefe, die zwischen Caillaux und einigen Zürcher Persönlichkeiten gewechselt sind, und ihn dringend um Geld und Hilfe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnt beständig ab. Die zweite Altemappe enthält Briefe mehrerer französischer Zeitungsschriftsteller, besonders A. Meyerens. In allen diesen Papieren findet sich keine Anspielung auf italienische Postämter oder Zeitungsschreiber oder auf italienische Angelegenheiten. Die dritte Altemappe ist die umfangreichste, wichtigste und einflussreichste. Sie ist in zwei Teile geteilt und enthält ein ausführliches und merkwürdiges politisches Programm, das von Caillaux aufgeschrieben und unterschrieben ist und das in Frankreich veröffentlicht werden sollte, wenn er, wie er hoffte, zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit Attentat gegen den Staat dargestellt haben. Es wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen, eine Umstürzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalt und Verwaltung. Caillaux gibt die Verantwortung des Deparierten, Sena-

atoren und Generale an, die er als seine Mitarbeiter zur Vermittlung seines Vorhabens in sein Ministerium berufen haben würde. Caillaux würde die Verhastung Pincoches und aller derjenigen, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener letzten Zeit leiteten, mit Einschluß Briands angeordnet haben. Dieses Programm sah die Schöpfung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarraill anvertraut und nach Paris zwei Soldateregimenter, aus französischen Soldaten gebildet, berufen werden sollten mit ihren Generälen, die Caillaux als seine ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer das Projekt genehmigt lassen, das Caillaux den „Publiden“ nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat wären aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich die äußerste Anstrengung zu machen gehabt, um irgendeinen Sieg an der Front und einen diplomatischen Sieg davon zu tragen, um im Glanze dieses Sieges einer Volksabstimmung den Friedensvorschlag und den Friedensvertrag unterbreiten zu können. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden gewesen, wenn die republikanische Staatsform geändert worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Senat mehr beschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Im übrigen wäre der Staat selbst behaltend worden mit Machtbefugnissen, die von den gegenwärtigen sehr verschieden wären. Dieser phantastische Plan Caillauxs war voll von Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris während des Regierungsverwechslens und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Der frühere Minister Leguay es wäre zum Volschafter in Rom ernannt worden.

Die Nachforschungen sind im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

**Die französische Kammer und der Streik gegen Caillaux.**

Die französische Kammer erörterte die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Rajon über die Wahlnahmen, die die Regierung zu treffen gedente, um den Wahlschwindeln in der Angelegenheit der Unterdrückung im Falle Caillauxs Wirkung zu verschaffen. Rajon wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in letzterinstanz mit dem geltenden Recht handlungsmäßig hätten. Bei der Öffnung des Geheimnisses sei gleich eine Formalität beobachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des aufgefundenen Schriftstückes bestreiten.

Unterstaatssekretär Jgnace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörenden Geldbuches erfuhr, hat der Untersuchungsrichter die Behörde um Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblick an stand den Justizbehörden des fremden Landes die Deckung des Geldbuches an. Dies geschah in aller Ordnung und auf legale Weise.

Die äußerste Linke erhob Einspruch. Die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.

Ministerpräsident Clemenceau antwortete von seinem Platz aus, er könne Folgt dasselbe antworten, was Jgnace ihm gesagt habe, nämlich, daß die französischen Justizminister auf französischem Gebiet in Ordnung sei. Clemenceau sagte weiter: Wir erörtern den Ausbruch an die italienische Regierung ab. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Wir haben kein Recht, zu den italienischen Beamten kein Vertrauen zu haben und nicht zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetz verfahren ist. Und wenn sie es getan hätte, so wären wir nicht dafür verantwortlich. Die einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 369 gegen 105 Stimmen angenommen.

**Laufung als Denunziation gegen Caillaux.**

Paris, 17. Januar. Der „Voll. Ztg.“ zufolge läßt Clemenceau in der Presse erkennen, die Depesche Lanjungs, die die Verhaftung Caillauxs veranlaßt, werde veröffentlicht werden.

**Caillaux soll vor das Militärgericht.**

Genf, 16. Januar. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß sich das Militärgericht gegen Caillaux bereits vor 8 Tagen als zuständig erklärt hat.

**Der Krieg gegen Italien**

Eine italienische Reservarmee gegen eine deutsche Offensiv. Bern, 15. Januar. Berühmte italienische Mütter fordern die Bildung einer schnell und leicht veränderbaren Reservarmee für die italienische Westfront, damit sie bei der zu erwartenden Offensiv an der am stärksten bedrohten Stelle der Westfront eingesetzt werden könnte. Der militärische Mitarbeiter der „Tribuna“ glaubt, daß die Mittelmächte genügende Kräfte für zwei gleichzeitige Offensiven frei machen können.

**Der Seekrieg**

**Wo liegt die Grundflut?**

Berlin, 16. Januar. (Amstich.) Am 14. und 15. Januar unternahm leichte deutsche Streikräfte einen Streifzug durch die baltische Ostsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Thomsenanden bis dicht unter der englischen Küste vorrückten. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf naheste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Artilleriefeuer.

**Minen vor Ostpreußen?**

Bern, 15. Januar. Einer Melbourne Meldung der in Paris erscheinenden „Chicago Tribune“ zufolge kämde die australische Admiralität an, daß legthin eine Anzahl Kaufahrtschiffe von großem Tonnengehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen verunruhigt wurden. In gewissen Teilen der australischen Gewässer lagern Treibminen, die angeblich von „neutralen“ Schiffen gelegt worden, sehr zahlreich sein.

**Perlen.**

Amsterdam, 15. Januar. Der Rotterdammer Dampfer „Walspoor“ ist 15 Meilen nordwestlich von Scheveningen gesunken. Man weiß nicht, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelaufen ist. Von den 18 Mann der Besatzung wurden 12 darunter zwei Schwerverwundete, in Scheveningen gelandet. Auch ein Toter wurde an Land gebracht.

Bern, 15. Januar. Der „Welt Baurler“ meldet aus Vost: Der Fischdampfer „St. Mathias“ wurde nach heftigem Feuerschiff mit einem 11-Boat versenkt. Drei Mann der Besatzung wurden getötet und mehrere verwundet.

**Der Krieg mit Amerika. Amerikanischer Überhauf.**

Baut „Waldner Nachrichten“ meldet Haas aus Neuport: Die Vereinigten Staaten haben Holländisch-Guyana angefallen.

Die Nachricht war schon wiederholt aufgelaufen, aber bisher stets bestritten.

Wie Amerika sein Seesuperiorium verwickeln will. Washington, 16. Januar. Auf Erlauchen des Kriegsdepartaments brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärstaatsrates des Senats ein Gesetz im Senat ein auf militärische Reaktivierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Maßnahme ist hauptbestimmt, die Verbunden in des Oberst-Marschalls Generalis Com der zur Verfügung zu bringen, so lange der Krieg dauert, nämlich 70000 Mann in die Armee einzuführen.

**Die Neutralen**

**Zum Vordringen auf Kallad.**

Bern, 16. Januar. Der französische Minister des Auswärtigen hat dem Schweizerischen Gesandtschaftler in Paris das liebste Bewahren der französischen Regierung über den Vorfall mitgeteilt, der durch den Bombenanschlag auf Kallad veranlaßt worden ist. Gleichzeitig hat er mitgeteilt, daß eine Abreise, zur Zeit noch nicht abgeschlossene Untersuchung angeordnet worden ist. Derselben hat auch der französische Volschafter in Bern beim Bundespräsidenten vorgelesen. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, den gesamten, durch das Bombardement entstandenen Schaden zu ersetzen.

**Lebensmitteltransporte in Spanien.**

Madrid, 15. Januar. Die durch die Eruption hervorgerufene Hungersnot in der letzten Zeit der Provinz Kastilien äußert sich in den letzten Punkten der Provinz Burgos. Madrid an Telegramme aus Santander, Malaga, Valencia und Barcelona berichtigt über Nahrungsmittel, ausschließlich von Frauen veranlaßt. In Barcelona wurden über 30 Frauen beim Einmarsch der Truppe der Bräuterei, die von der Menge befehligt worden war, verhaftet. In anderen Punkten Zusammenstöße zwischen Frauen und der Polizei. In Malaga mochte über taufend Frauen mit Kindern gegen die Bürgerhäuser. Die öffentlichen Büros wurden beschißt. Die Kaffeefabrik und Kräfte wurden durch die Unübersicht geräumt. Die Mütter drücken die Zuversicht aus, daß die Regierung die anstehenden Forderungen machen werde, um der Lage Herr zu werden.

**Nächtigung der holländischen Neutralität durch englische Marineoffiziere.**

Wie wenig englische Offiziere bei ihren Vorkursen gegen das neutralitätsrechtliche Indusriegebiet der holländischen Neutralität achten, beweist ein Fund aus einem abgedruckten englischen Flugzeug. Es find aus diesem Generalis mit eingeschalteten Klavieren und eine auf einen Pappdeckel gezeichnete Notizenkarte in die Hände gefallen. Die Generalisabstärke zeigt deutlich den Sinn und Inhalt, den der englische Offizier unter Nächtigung der holländischen Neutralität gewahrt hatte, um auf die rasche Weise das Indusriegebiet von Baden-Albin zu erreichen. Beide Wege führten über holländisches Gebiet, und zwar freigelegte Kanäle. Die Karte zeigt die Route: Bad (Holländisch-Nagel-Büch) von welchem Westküste bis westlich Nagel auf einer Strecke von 24 Kilometer der Südküsten der holländischen Provinz Limburg.

Der nördlich Kurs (Nagel-Büch-Beert) nördlich unter westlich Büch, nördlich Nagel-Büch (Nagel-Büch) nördlich lonar an drei Stellen holländische Gebietstrecke. Auf einer Strecke von 44 Kilometer der Westküste von Nagel-Büch nach Nagel-Büch, ein Stück von 21 Kilometer, ein Stück Nagel-Büch vorset auf einer Strecke von 7 Kilometer, auf 21 Kilometer. Die Notizenkarte enthält die Angaben für die einzelnen Teildecken des holländischen Gebietes.

Der Fund ist ein neuer Beweis dafür, daß es sich bei Gewervertörungen englischer Bürger keineswegs um Zufälligkeiten, sondern um bewußte, planmäßige Verletzungen der holländischen Neutralität handelt.

**Beschimpfung Russlands durch die Entente.**

Als die Volschafte in Rußland aus Ruder kamen, war es sehr interessant zu beobachten, wie sich die Presse der Verbündeten, namentlich die englische und französische, über diese Vorkommnisse verhalten. Die Presse der Verbündeten hat ein charakteristisches Verhalten an dem abwartendem Schweigen zu freundschaftlicher Mahnung und zu getindem Druck übertragen, sich dann zur wütenden Beschimpfung steigerte und schließlich wieder der Ueberzeugung zu vorzichtigem Zurückhalten fand. Als die stillen Hoffnungen und Wünsche für den schnellen Sturz der neuen Macht über sich nicht erfüllten, da schloffen die Verbündeten einen anderen Ton an.

Zu der „Daily Mail“ schrieb Louat Frazer, daß kein Sozialist „unter dem Banner dieser rattenähnlichen Selbstverwechslung“ marschieren werde, und trugte typisch, ob es denkbar sei, daß eine Gemeinhaft von Nationen sich an den Rechtschmerz dieses lächerlichen kleinen Mannes, Lenin, mischen sollten. Wir müssen den Zerwürfism und alle seine Werke verurteilen und können mit vorterauslosten Verurteilung nicht zustimmen.

„Morning Post“ sprach von Krentato als „einem deutsch-holländischen Epim, alias Aaron Nabrham“ und von Lenin, alias Heberbaum“ als „Judas Ischariot“.

Der „Punch“ meinte: „Es liegt hier eine ungekommene Anspielung vor“, und von dem Friedenswilligen Krentato wurde dort gesagt, die Russen könnten nur insofern handeln, als sie eine blinde Mause fangen, die ihnen gefahre. Der „Punch“ beschuldigte gleichzeitig Tröbel der Weideweidigkeit und meinte, um die Russen besser zu fassen, habe er die Verhastung an ernewert verurteilt, als handle er in Hebridenräumung mit dem Volschafte der Verbündeten in Petersburg.

„Die Times“ lobte: Wenn sich die Alliierten sagen müßten, daß der Antrag dem Willen des russischen Volkes entspräche, so würde sie das Gesicht verlieren, mit Enttäuschung erfüllen. Sie müßten aber, daß die Maximalisten eine Horde von Anarchisten und Fanatikern seien. Die „Times“ sprach weiterhin das Vertrauen auf den Sturz dieser lächerlichen Mause.

Der „Globe“ schrieb: „Am diese Verleuten, die die Ehre eines Landes spieren wollen, zu erleben, gibt es nur ein Mittel: den Hunger.“

Im „Journal des Debats“ schrieb August Goussain: Nur die Aushebung Rußlands kann noch eine Rettung der Lage ergeben. Wenn das Volk sich in Gefahr sieht, so kann es nur überleben, wenn seine Leiden sich täglich belagern und schließlich unenträglich werden, dann wird es erheben, wenn die Worte, die sich jetzt russische Regierung nennen, es



Amstliche Anzeigen.

Bekanntmachung über Nachschaltungen.

Auf die Bestimmungen über Nachschaltungen wird noch... Auf die Bestimmungen über Nachschaltungen wird noch...

Merseburg, den 10. Januar 1918.

Der Königliche Landrat. J. B. von Grone.

Öffentliche Bekanntmachung.

Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1918.

Auf Grund des § 23 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder...

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung...

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern...

Merseburg, den 15. Dezember 1917. Dr. Vorstehende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

Bekanntmachung. Die Herren Direktoren erheben ich, die Nachweisungen...

Merseburg, den 16. Jan. 1918. Der Vorstehende des Kreis-Ausschusses.

Bienenhonig. Bei der Verteilung von Honig handelt es sich um...

Steuererklärungen, Waren-Umsatz-Stampel-Berechnungen.

Gothardstr. 14. Federrollwagen. Für 80-100 Stk. Tragkraft...

Buntpapierfabrik.

Freibankmarken-Ausgabe.

Table with columns for date, time, and location for bank note distribution.

Die Ausgabe der Freibankmarken findet in folgender Reihenfolge statt:

Merseburg, den 17. Januar 1918. Der Magistrat.

Dankagung.

Das letzte Weihnachtsfest hat dem Regiment wieder eine Fülle von Gaben aus der Heimat gebracht.

Das Regiment sagt dem Landesausmarsch vom roten Kreuz, den staatlichen und lädlichen Behörden...

Obern u. Kommandeur des 8. Thür. Inf. Regts. Nr. 163. Merseburg, den 16. Januar 1918.

Fleischverkauf auf der Freibank.

findet am 18. Januar 1918 in folgender Reihenfolge statt:

Merseburg, den 17. Januar 1918. Das städtische Lebensmittelamt.

Rübentrocknung.

Wir sind jetzt wieder in der Lage, Rüben jeder Art und in jeder Menge für Landwirte...

Stadtbrauerei Carl Berger.

Von Freitag, den 18. d. Mis., stehen wieder 4-5 jährige, sowie ältere, leichte und schwere...

Pferde.

im Gasthof „Stadt Leipzig“, hier, Neumarkt 46, preiswert zum Verkauf.

Kaufe jedes Posten altes Eisen zu höchsten Preisen.

Hermann Schmidt, Halle a. S.

Advertisement for Karl Tänzer, featuring a circular border and text about clothing and haberdashery.

Advertisement for Schwarzker Belzfragen, featuring a decorative border and text about detective stories.

Advertisement for Kammer-Lichtspiele, featuring a decorative border and text about a play titled 'Die Glocke!'

Advertisement for Neunstufige höhere Privatschule, featuring a decorative border and text about education for boys and girls.

Advertisement for Kreissparkasse Merseburg, featuring text about capital investment and interest rates.

Advertisement for Tivoli-Theater, featuring text about a performance on Friday, January 18, 1918.

Advertisement for Tivoli-Theater, featuring text about a performance on Sunday, January 20, 1918.

Advertisement for Tivoli-Theater, featuring text about a performance on Friday, January 18, 1918, and other theater-related information.

### Politische Rundschau

### Deutsches Reich

#### Keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Hindenburg und Hertling.

Ueber die letzten Besprechungen in Berlin schreibt die „Köln. Volksztg.“: Es kann heute ganz offen ausgesprochen werden, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Grafen Hertling wohl Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen bestanden, die vielleicht auch wieder entstehen können, daß aber Gegensätze vor irgendwelder Schwärze vom ersten Tage des Konfliktes an zwischen Hertling und der Obersten Heeresleitung nicht bestanden haben. Im Gegenteil, bei der Obersten Heeresleitung sieht man dem weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler in den Fragen des Friedensschlusses mit Vertrauen entgegen, was die Aussprüche der letzten Tage beweisen.

Diese Annahme gibt endlich offen zu, daß Meinungsverschiedenheiten die freilich keineswegs so bedauerlich wie hier dargestellt verurteilt wird, sondern sehr einschneidender Natur waren zwischen der militärischen und politischen Oberleitung bestanden haben. Sind diese in den Aussprachen beigelegt worden, dann um so besser. Die nächste Zeit muß lehren, mit welchem positiven Erfolg. Bemerkenswert ist die Anhebung des rheinischen Zentrumsblattes, das neue Meinungsverschiedenheiten auch künftig auszuweichen könnten. Damit wird implizite zugegeben, daß eine grundsätzliche Verständigung ausgeblieben, vielmehr nur eine vorläufige erfolgt ist.

Der heutige Bericht aus Breslau weist auf dem auch leider schon wieder jene Festigkeit und Fest zu Teil vermischen, mit welcher doch so gute Erfolge erzielt waren. Zu Freude und Bemühen über die Lage haben wir also keine Veränderung. Es sind eben nur die dringlichsten Bedürfnisse zurzeit. Aus einem Cuppenhuhn kann man eben keinen Gänsebraten machen.

#### Verchiebung der Reichskanzlerrede.

Berlin, 17. Januar. Die Rede des Reichskanzlers im Anusdruck, die für Freitag erwartet wurde, wird, wie dem „R. L.“ aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, vielleicht noch weiter hinausgeschoben werden. Es geht für nicht unwahrscheinlich, daß der Kanzler erst in den nächsten Wochen sprechen werde.

#### Bretter der Ostmark beim Reichskanzler.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Reichskanzler hat am Mittwoch in Gegenwart des Ministers des Innern einige Herren aus der Provinz Posen empfangen, die Ansuchen und Wünsche der deutschen Kreise der Ostmark zur Polenpolitik vortragen.

#### Eine Herrenhaus-Entschlackung.

Dem Herrenhaus ist folgender Antrag Graf v. Behr-Wehrenhoff, Graf v. Rangen/Inngelns, Dr. Graf von Wartensleben zugegangen: Das Herrenhaus wolle beschließen.

Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die königliche Staatsregierung auf einen Frieden einwirken wird, bei dessen Abschluß die dem deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehalten Rechte voll gewahrt bleiben. Dieser Frieden muß den gebrochenen Opfern, den Bedürfnissen militärischer Sicherheit und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. In einer dem Antrag beigegebenen Begründung heißt es: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Frage aufgeworfen, in welchem Namen die deutschen Unterhändler in Breslau-Ostmerkmale abgeben, ob im

Namen der Reichstagsmehrheit, oder im Namen einer „Mittelpartei“. Dem gegenüber ist zu betonen, daß das ausschließliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen verfassungsmäßig dem deutschen Kaiser zugehört. Dabei können lediglich deutsche Interessen maßgebend sein.

#### Der Pour le Merite.

Der „Reichsanz.“ meldet die Verleihung des Ordens Pour le Merite an die Obersten von Tappen und von Sel und den Oberstleutnant von Endow.

#### Ausland

##### Die politischen Wünsche.

Wien, 15. Januar. (R. A. Tel.-Korr.-Bü.) Gegenüber einem Vertreter der polnischen Regierung äußerte sich der polnische Ministerpräsident v. Ruzarski über den Einbruch und die Ergebnisse der Wiener Reise des polnischen Regierungsrates. Er erklärte, die Besprechungen mit maßgebenden Stellen hätten zur Klärung einer ganzen Reihe von Fragen beigetragen. Die polnische Regierung habe wie in Berlin auch in Wien den Entwurf einer Organisation der polnischen Armee vorgelegt, dessen wohlwollende Prüfung in Aussicht gestellt sei. Die Frage der Teilnahme von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen sei teilweise geregelt. Der Zufassung der Polen zu den Verhandlungen in Breslau-Ostmerkmale nicht nur als Sachverständige und Berater, sondern auch in einer ähnlichen Stellung wie die Vertreter der Ukraine, ständen völkerechtliche Bedenken im Wege. Nach Ansicht Ruzarskis könnten diese Rücksichten heute, da die Kriegsergebnisse eine Revision der bisher geltenden Völkerrechte erforderten, nicht unbedingt Geltung haben. Die polnische Regierung und Nation würden in der Beteiligung an den Friedensverhandlungen einen Beweis des Wohlwollens der Mächte und der praktischen Anwendung der bereits international anerkannten souveränen Äquivalenz des polnischen Staates erkennen. Was die Lösung der polnischen Frage anbelangt, so erklärte Ruzarski, daß sich seit den bekannteren Erklärungen des Grafen Czernin und des Grafen Hertling betreffend die Zukunft Polens nichts Neues ereignet habe, was auf eine Veränderung des bisherigen Standes der Frage hinwies. Die beiden Staatsmänner hätten übereinstimmend erklärt, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden werde. Es sei eine feststehende Tatsache, daß die Habsburger Monarchie und Dynastie sich der großen Sympathien der Polen erfreuen. Es werde sich eine entsprechende Form für diese Sympathien und die gemeinsamen Interessen finden. Die Vereinigung Galiziens und Kongreßpolens sei ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

#### Erfassung für die russischen Kriegsgefangenen.

Die jetzt in Rußland gepflogenen Friedensverhandlungen rücken für die Landwirtschaft auch die Frage des Austausches der Kriegsgefangenen in den Mittelpunkt des Interesses, und die zweckmäßige Lösung derselben wird für die Landwirtschaft wie für die gesamte deutsche Volkswirtschaft von hervorragender Bedeutung sein. Die russischen Kriegsgefangenen stellen einen sehr wertvollen Teil der in der Landwirtschaft überhaupst tätigen Arbeitskräfte dar, und ihre plötzliche Rückführung würde die landwirtschaftliche Erzeugung in einem Umfang lahmlegen, welcher dem ganzen Wirtschaftsleben die schwersten Schäden bringen könnte. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die deutschen Unterhändler solche Bedingungen mit Rußland vereinbaren, durch welche bei der Wagnahme der russischen Kriegsgefangenen kein Rückgang in der Nahrungsmittelproduktion zu befürchten ist. Ein solche Gefahr ließe sich am sichersten vermeiden, wenn die Rückleitung der

Kriegsgefangenen seitens der maßgebenden Behörden im engsten Einvernehmen mit den einzelnen Landwirtschaftskammern und ihren Arbeitsnachweiser erfolgte, und wenn für jede Zurückführung der Gefangenen aus landwirtschaftlichen Betrieben ausreichende Ersatzbeschaffung würde. Dies besonders Verhältnisse der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe wäre die bestmögliche Rücksicht zu zeigen, insbesondere müßten die Leistungen im Rahmen des Gesamttransportes den künftigen Bedürfnissen entsprechen. Bei der gesamten Rückleitungsaktion müßten die Kriegsgefangenen aus der Landwirtschaft erst in letzter Linie entnommen werden, da hier erfahrungsgemäß eine Ersatzbeschaffung viel schwieriger ist als in der gutablaufenden Industrie und in fließlichen Berufskreisen, zu denen ohnehin schon trotz des Bestehens des Hilfsdienstgesetzes eine Umwandlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte stattgefunden hat.

\* Als Ersatz für die in der Landwirtschaft tätigen Kriegsgefangenen kämen in erster Linie die im Heere stehenden älteren Jahrgänge in Betracht, deren Entlassung, soweit es die militärischen Interessen gestatten, nach ihren allen länderlichen Arbeitsstellen erfolgen müßte. Daß die weitere Sicherstellung der Anwerbung von Arbeitern in Polen und Rußland in den Friedensverträgen gegeben sein muß, ist selbstverständlich. Unter den russischen Kriegsgefangenen wird sich auch eine nicht geringe Anzahl solcher Leute finden, die infolge der inneren russischen Ereignisse und ihre Erfahrungen während der Gefangenschaft keine Neigung verspürten, nach Rußland zurückzukehren, und die freiwillig in der deutschen Landwirtschaft verbleiben wollten. Solchen Begehren der Gefangenen (wozu meist Deutsch-Rußland) müßte man unerfährter als nach jeder Richtung hin entgegenkommen; ebenso aber auch denjenigen Gefangenen, die zwar erst einmal nach ihrer alten Heimat reisen wollen, später aber zu der ihnen beigegebenen deutschen Landarbeit zurückkehren beabsichtigen. Eine weitere Vermehrung unserer Landarbeitkräfte ließe sich ferner durch erhöhte Zuteilung inländischer Kriegsgefangener erreichen, sowie durch die an Rußland zu stellende Forderung, die aus den Disproportionalitäten der künftigen Zuteilung resultierende übermäßige Gefangenen-Erfassung auszulassen. Von diesen last ausschließlich vom Lande stammenden Leute dürfte zweifellos ein großer Prozentsatz bereit sein, in der deutschen Landwirtschaft zu arbeiten. Endlich müßte die Heeresverwaltung, wo es noch notwendig sein sollte, nachträgliche Arbeitskommandos bilden und diese den Gemeinbesitz und Güterbezirken nach Bedarf überweisen. Auch die Bereitstellung von Führerkommandos, die Rückleitung landwirtschaftlicher Maschinen, Kraftwagen usw. wäre unter maßgebender Mitwirkung der Landwirtschaftskammern in die Wege zu leiten.

Da in der Uebergangs- und ersten Friedenszeit bei dem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften zu befürchten ist, daß durch die höheren Löhne der Industrie und das abwesendreichere Stabstellen ein weiteres Wabtrömen vom Lande eintreten kann, muß von den für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlichen Behörden erwartet werden, daß sie solange für die zurückgelassenen Kriegsgefangenen Ersatz schaffen, bis die Landwirtschaft selbst in der Lage ist, auf dem Wege des freien Arbeitsvertrages sich die erforderliche Anzahl Landarbeiter heranzuziehen. Von den berufenen landwirtschaftlichen Körperschaften sind, wie wir hören, Anträge im Sinne der obigen Ausführungen bei den maßgebenden Stellen bereits gestellt.

#### Erläuterungsbericht zu dem Haushaltsplan 1918.

Der Haushaltsplan für das neue Geschäftsjahr hat gegenüber der bisherigen Aufstellung nach innen und außen eine völlige Neubearbeitung nach anderweitigen

### Verkant.

#### Roman von Heda von Schmidt.

1) (Nachdruck verboten.) Kurz vor ihrer Abfahrt aus Kanada hatte er ihr ein kleines, ledernes Taschenbuch in die Hand gedrückt: Verwahre es gut, Henrietta, es ist Berggold für dich drin, und außerdem noch ein Schutz auf eine größere Summe an die Deutsche Bank in Berlin. Ich will, daß du lernst, selbständig mit größeren Geldbeträgen umzugehen und daß du dich nicht in materielle Abhängigkeit bei meiner Mutter fühlst. Kauf dir an Kleidung, was du in Berlin gebrauchen wirst. Nimm Unterricht in Wissenschaften. In meinen Augen braucht eine Frau nicht viel an Geldehankel. Wenn sie nur so lieb ist wie du, mein Kind, das genügt mir.“

Der große blondbärtige Hans Gröning hatte seine schlankste, stille Frau in die Arme genommen und sie zum Abschied bewegt und herbsthaft geküßt.

Eine, die wie Henrietta von Santos auf Gottes weitem Welt nichts ihr eigen nannte: weder Vermögen, noch höhere Bildung, die sie zu irgendeinem selbständigen Frauenerwerb hätte befähigen können, die nach dem jähren Tode ihres Großvaters Diego von Santos gänzlich verwaist dastand, mußte nach Ansicht des Großkaufmanns Fred Delarue, dessen Schutzhilfe sie auf der Ueberfahrt anvertraut war, „Gott auf ihren Knien danken“, daß dieser Prechtmensch, der Hans Gröning, ihrer angenommen hatte, daß er sie zu seiner Frau machen wollte. Daß dieses Paar so ungleich wie nur irgend möglich war, daß Hans Gröning seinen Jahren nach Henriettas Vater hätte sein können, gab Fred Delarue gar nicht in Betracht. Er ärgerte sich täglich über Henrietta. Er fand sie oft geradesu abstoßend in ihrem, wie er sagte, „kindlichen Stumpfsinn“. Sie nahm die Güte des Mannes, für den sie, Freds Meinung nach, lange nicht gut genug war, als etwas ganz Selbstverständliches hin, ja, es war gerade so, als hätte sie ihrem Verlobten eine Gnade damit erwiesen, daß sie, eine Santos, die ja einstmals vor grauen Jahren

verlobten Diego von Santos Glauben schenken —, nicht nein gesagt hatte bei Hans Grönings überstürzter Werbung.

Ich will dich heiraten, Henrietta, hatte er gesagt, dann brauchst du dich nicht heimatis in der Welt herumverloren zu lassen. Auf meinem Posten in den Kapselnberger können ich dich nicht gut mitnehmen. Ebenso wirst du es mir, dich, mein kleines Urwaldmädchen, in eine der großen Städte zu gehen bis zu meiner Rückkehr aus dem Bergwerk. Es kann gut ein Jahr vergehen bis dahin. Vor allem aber wünsche ich herzlich, daß du meine Mutter kennen lernst, Henrietta.

Sie hatte der brave, blonde Hünte gesprochen, und Henrietta hatte zu seinen Worten gehorcht mit dem Kopfe genickt und Fred Delarue hatte dabei gelächelt mit einem fast lässlichen Lächeln. Welch ein edel deutscher Gemütsmensch dieser Hans Gröning doch hier in Amerika geliebt war. Ein Idealist unter allen den Dollarleuten, die der Land hier auszubereiten bereit waren. Es war ein Fremder, Hans Gröning anzusehen. Tausendmal schade, daß er sich ausgesprochen hätte untreue, unintelligente Gefühlsgrößen zur Lebensgefährtin ausgesucht hatte. Es war eine Verhöhnung bei ihm, nichts weiter, fallulterte Fred Delarue. Daß Frau Gröning in Berlin sehr erbaud über diese Schwiegereltern aus Kanada sein würde? Fred erlaubte sich, daran zu zweifeln. Wenn er seiner Mutter Henrietta als Tochter zuführen werde... Fred lächelte, als er, während er Henrietta anschaute, flüchtig daran dachte. Wie unglücklich plebejisch ihm das Mädchen erschien — trotz der Abkannung von einer spanischen Gradenfamilie. Fred glaubte natürlich kein Wort von der Wäre, die Henriettas Großvater Diego von Santos, ein Abenteuerer vom reinsten Moskow, so gern fremdlichen Zuhörern aufgetischt hatte. Henrietta und seine, Freds Mutter — man konnte sich kaum einen größeren Gegensatz denken. Die verwitwete Baronin Erdmann, die in erster Ehe mit Freds Vater, dem Großindustriellen Delarue, der einer allfälligen französischen Emigrantenfamilie angehört hatte, vermählt gewesen war, war seine Frau aus einem banalsten Pariserhause und gab unendlich viel auf äußere Formen, auf tabellose Erziehung in

es einfach mit Delarue verhältnismäßig — ursprünglich hatte sich die Familie de „La Rue“ genannt. Auf dem Weltmarkt hatte der jegliche Name einen guten Klang. Die Firma stand mit England, Rußland und Amerika in reger Geschäftsverbindung. Fred hatte Lust gehabt, sich die neue Welt anzusehen. Der Zusatz hatte ihn dort mit Eröbung zusammengeführt. Bei Gelegenheit einer gefährlichen Jagd, zu deren Teilnehmern auch Fred und Gröning gehörten, hatten, war der Ingenieur der Lebensretter des Millionärs geworden. Dieser Umstand hatte die schnell erwachten und gegenfeitigen Sympathien der beiden Männer noch erhöht, sie zu einem Freundschaftsbunde gesteigert.

Hans Gröning hatte sich in seinem Gebissleben eine große Kindlichkeit bewahrt. In seiner Ruhe war Fred, der Jüngere, ihm oft überlegen. Jeder Mensch muß einmal die größte Freiheit seines Lebens begehen, dachte Fred, als er neben Henrietta auf Deck der „Bineta“ stand, ich glaube, der gute Hans hat die seine nun hinter sich. Der Dampfer näherte sich seiner Anklegstelle.

Nach ein paar Stunden, dann bin ich die Verantwortung für die ungenügende, kleine Perion los, dachte Fred Delarue mit einem Gefühl der Erleichterung. Ich komme mir nachgerade wie ein Menagerieführer vor, fügte er ärgerlich in seinen Gedanken hinzu.

Henrietta hatte sich während der ganzen Reise niemandem unter den Passagieren erlernt angegeschlossen. Die eine und die andere der Damen hatte sie hin und wieder angetroffen, um eine liebe, gemurmelt Antwort, ein „Ja“ oder ein „Nein“ zu hören. Schließlich hatte es niemand der Mühe wert gehalten, sich um das fremdartige Gesicht, das schon durch seine häßliche Kleidung auffiel, zu kümmern. In der ersten Kabine herrschte lustbetöbend höchste Eleganz. Und nun Henrietta in ihrem lächerlichen, ärmlichen Fädelchen mitten unter den Damen, die dreimal täglich Toilette machten! Henrietta hatte geblen, in ihrer Kabine speisen zu dürfen. Sie wäre an der gemeinsamen Mittagstafel ja auch absolut nicht courtois gewesen.

